

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Band: 97 (2017)
Heft: 1048

Artikel: Die antilibérale Konterrevolution
Autor: Wiederstein, Michael / Ash, Timothy Garton
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-736546>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

3 Die antiliberale Konter- revolution

**Warum hart erkämpfte Freiheiten in der Welt
und in Europa heute wieder bedroht sind –
und was dagegen unternommen werden kann.**

Michael Wiederstein trifft Timothy Garton Ash

Herr Garton Ash, Sie bezeichnen sich als klassisch-liberal.

So würde ich mich auch selbst bezeichnen. Allerdings: warum eigentlich der Zusatz «klassisch»? Tut es «liberal» als Haltungsbeschreibung heute nicht mehr?

Ich bin mit Herz und Verstand ein überzeugter englisch-europäischer Liberaler. Wenn man sich so bezeichnet, vor allem in meinem Alter, Anfang 60, hat man über die letzten vierzig Jahre einen unglaublichen und erfreulichen Vorwärtsmarsch der Freiheit und des Liberalismus erlebt. Denken Sie daran: als ich Student war, waren Spanien, Portugal und Griechenland noch Diktaturen. Seit dieser Zeit hat es Wellen von Liberalisierung und Demokratisierung gegeben, die auch nach 1989 mit der Globalisierung einhergingen. Man muss heutzutage deshalb gleich klären, was das konkret heisst, denn das «L-Wort» bedeutet in den Vereinigten Staaten beinahe «Kommunist» und in Russland beinahe «Faschist», auch in Frankreich ist «liberal» fast zu einem Schimpfwort geworden. Klassisch-liberal bedeutet für mich: der höchste politische Wert ist die individuelle Freiheit, die Freiheit des einzelnen. Natürlich gibt es auch andere politische Werte, die für den Liberalismus bedeutend sind, aber bereits die individuelle Freiheit ist komplex genug: Damit ein Individuum frei sein kann, muss es politisch, ökonomisch und sozial frei sein.

Wenn man als klassisch Liberaler aktuell auf die Welt schaut, in welchem Zustand befindet sich der westliche Liberalismus?

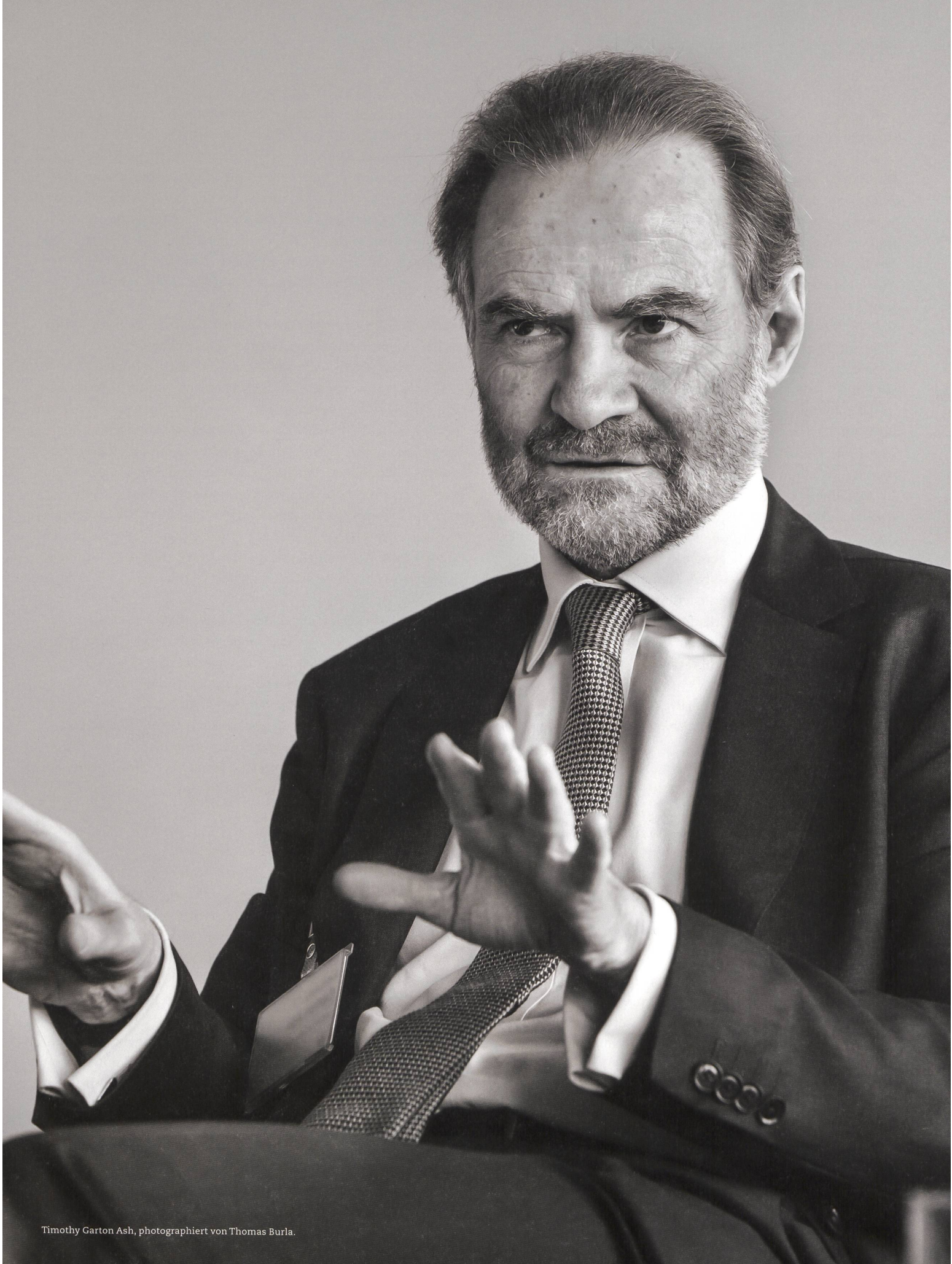
Timothy Garton Ash

ist Historiker und Direktor des European Studies Centre am St. Antony's College der University of Oxford. Am 25. Mai 2017 wurde ihm der Karlspreis zu Aachen verliehen. Zuletzt von ihm erschienen: «Redefreiheit. Prinzipien für eine vernetzte Welt» (Hanser, 2016; aus dem Englischen von Helmut Dierlamm und Thomas Pfeiffer).

Michael Wiederstein

ist Chefredaktor dieser Zeitschrift.

Wir erleben im Moment eine antiliberale Konterrevolution, und zwar weltweit. Natürlich, den Historiker überrascht das nicht, es gibt eine Reformation, dann gibt es eine Gegenreformation. Es gibt die Französische Revolution, es gibt eine Restauration. Aber: ich bin in den letzten neun Monaten in China, in Indien, in der Türkei, in Nordamerika und Europa gewesen. Überall erleben wir regelrechte Konterrevolutionen als bewusste Reaktionen auf den Vorwärtsmarsch der Freiheit und des Liberalismus. Die Rede-, Wirtschafts- oder Gesellschaftsfreiheit ist bedroht. Und ob wir von Wladimir Putin, Xi Jinping, Recep Tayyip Erdogan, Viktor Orbán, Jaroslaw Kaczynski, Donald Trump, Marine Le Pen, Geert Wilders oder von Nigel Farage reden: bei allen Verschiedenheiten, die diese Politiker und ihre Bewegungen voneinander abheben, und es gibt davon einige, können sie als Protagonisten einer globalen, antiliberalen Bewegung bezeich-



Timothy Garton Ash, fotografiert von Thomas Burla.

net werden. Diese Gegenbewegung zielt auf alle Freiheiten, die seit 1989 gewonnen wurden.

Als 1983er Jahrgang erinnere ich mich noch, wie ich meine Eltern als kleiner Junge dabei beobachtete, als sie sich den Fall der Berliner Mauer im Fernsehen angeschaut haben: Sie haben eine Flasche Sekt geöffnet, das gab es sonst nicht. Später kamen weitere Teile der Familie, alle haben gefeiert. Seither ist viel passiert: die Freiheits-, Wohlstands- und Mobilitätsgewinne sind so enorm, dass ich mir nicht erklären kann, woher sich diese von Ihnen beschriebene Konterrevolution eigentlich speist. Können Sie mir das erklären?

(Überlegt) Jein. Meine prägenden Erfahrungen fanden in Ost- und Mitteleuropa statt. Vor der Wende waren die Lebenschancen eines jungen Polen oder Ostdeutschen unvergleichbar schlechter als die eines jungen Briten oder Schweizers. Jetzt sind sie durchaus vergleichbar. Es gibt einen riesigen Gewinn an individuellen Freiheiten. Wenn ich einen jungen Polen oder Ungarn sehe, der überall hinkommt, der seine Freizügigkeit genießt, ist es mir jedes Mal eine Freude. Doch nun zur anderen Seite der Medaille. Erstens ist die Freiheit nicht allen geheuer. Für einen Wladimir Putin, einen ehemaligen KGB-Mann und einen Freund des sowjetischen Imperiums, ist sie geradezu ungeheuerlich, Gleiches gilt für Exponenten der chinesischen Kommunistischen Partei. Zweitens hat die Welle aus Liberalisierung, Globalisierung und Europäisierung – drei parallel verlaufende Prozesse – auch viele Menschen beiseitegeschoben, marginalisiert, zurückgelassen oder ihnen zumindest dieses Gefühl vermittelt.

Sie meinen ökonomische Ungleichheit? Die mag zwar weniger ausgeprägt gewesen sein im ehemaligen Sowjetblock – dafür waren aber alle «gleich arm».

Es ist nicht nur die ökonomische Ungleichheit. Der Gini-Koeffizient ist in Polen nicht gestiegen, die Wahlchancen von Populisten hingegen schon. Es geht hier eher um eine Ungleichheit der Aufmerksamkeit und des Respekts. Man redet von den «Abgehängten», den «Versagern», den «ewig Gestrigen». Und den neuen Populisten ist es gelungen, diese zu einer Gruppe zu verschweißen, die ich in Anspielung auf die «Coalition of the Willing» eine «Koalition der Unwilligen» nenne.

Wer gehört dazu?

Das sind ganz verschiedene gesellschaftliche Gruppen, die durch ein vereinfachtes, aber emotional ansprechendes, nationalistisches Narrativ zu einer grossen Gruppe werden. Ihnen macht zu schaffen, was der Harvard-Ökonom Dani Rodrik als «Trilemma der Globalisierung» bezeichnet hat. Rodrik behauptet in bezug auf die drei Dinge Globalisierung, Demokratie und souveräner Nationalstaat, man könne relativ leicht zwei davon haben, aber nicht alle drei. Globalisierung und Demokratie? Funktioniert, aber nur, wenn Sie etwas Souveränität abbauen. Globalisierung und souveräner Nationalstaat? Funktioniert, aber nur, wenn Sie

etwas Demokratie abbauen. Den Populisten ist es nun gelungen, Souveränität und Unabhängigkeit mit der Rhetorik der Demokratie zu verbinden. Sie rufen: «Wir sind das Volk, wir sind für die Demokratie!» Damit sagen sie aber auch: «Die anderen sind an unseren Problemen schuld.» Wahlweise werden dann die Einwanderer, die Muslime, die Mexikaner, die Kurden oder die Eliten zur Zielscheibe. «On est chez nous!», ruft man beim Front National – «wenn wir nur allein wären, unter uns, dann wäre alles gut.» Das stimmt natürlich nicht, klingt aber in vielen Ohren schön.

Die Briten riefen vor einem Jahr: «Take back control!» Das war, jenseits des Populismus, doch ein legitimes politisches Anliegen?

«Take back control», «Wir sind das Volk» oder mit Donald Trump: «I'm your voice» – in jedem dieser klassisch-populistischen Ausrufe wird das «Wir» gegen «die anderen» in Stellung gebracht. Das ist auch nötig, schliesslich ist der Populist auf Abgrenzung angewiesen, um sich zu definieren. Er schafft das mit der Abgrenzung von zwei Feindbildern: einerseits die ethnokulturell anderen, also «die Mexikaner, Muslime, die Einwanderer, Kurden». Andererseits die soziopolitisch anderen, etwa die «Eliten, die Experten». Michael Gove sagte während der Brexit-Debatte: «People in this country have had enough of experts!» Und er sagt das, obwohl er Experte und Elite in Personalunion ist.

Dasselbe gilt für uns, die wir uns hier Gedanken machen, um sie in einem klassisch-liberalen Medium zu publizieren: wir sind das neue Lieblingsfeindbild derer, die den Status quo ablehnen.

So ist es. Und in einem gewissen Sinne stimmt das ja auch: Wir gehören eben nicht zu dem von Populisten imaginierten «Volk», das wunderbar einig ist und seit abertausend Jahren hier ansässig, ohne irgendeine Änderung, stark und warm. Liberale wie Experten verschreiben sich nicht der Lieferung von Nestwärme. Sie sprechen keine volksnahe, emotional ansprechende und «warme» Sprache.

Können Sie dafür ein aktuelles Beispiel bringen?

Die französischen Präsidentschaftswahlen! Vergleichen wir, ganz unabhängig von den politischen Präferenzen, einmal Macron und Le Pen. Macron trat in der Debatte sehr intellektuell, manchmal gar technokratisch auf – er berief sich auf komplizierte Wahrheiten, Tatsachen. Dagegen Marine Le Pens Vorstellungen von Ökonomie: protektionistischer Unsinn, aber hochaufgeladen mit patriotischen Floskeln. Jacob Burckhardt, mein Lieblingshistoriker, nannte solche Leute «terribles simplificateurs». Und nun sage ich etwas, das elitär klingt, aber enorm wichtig ist: Wir Liberalen haben oft den Verstand auf unserer Seite, aber seltener das Herz. Das soll nicht heissen, dass wir ebenfalls mit dem Simplifizieren, Polemisieren und Lügen anfangen sollen. Aber wir müssen, wenn wir politisch wieder erfolgreicher sein wollen, unsere Narrative vereinfachen, attraktiver und emotional ansprechender machen.

«Kein normaler Mensch in Europa glaubt, dass er oder sie durch das Europaparlament unmittelbar demokratisch vertreten wird.»

Timothy Garton Ash

Es ist das alte Problem der Liberalen: ihr Zugang zur Politik ist nicht selten sachlich, technokratisch, bestenfalls faktenbasiert.

Das ist demokratisch nicht unbedingt attraktiv.

Doch, das ist es! Aber nur in einer Diktatur, wenn es um den Kampf für die Freiheit geht. Ich werde nie vergessen, wie der Kampf um die Freiheit aussah, im Osteuropa der 1980er Jahre – dort war das liberale Narrativ sogar sehr «warm». Aber mein Freund Ralf Dahrendorf sagte schon damals: Liberalismus, Verfassungspatriotismus, offene Gesellschaft – alles wunderbare Sachen, aber relativ kühl.

Das stimmt. Der Antihaltung spielt aber doch in die Hände, dass es tatsächlich lange versäumt wurde, offensichtliche Probleme innerhalb der Struktur der Europäischen Union – Stichworte wären «Imperial Overstretch», zu viel Bürokratie, Bürgerferne – offen zu diskutieren. Die aufstrebenden Protestparteien machen die Probleme immerhin zum Thema – vielen Stimmbürgern, selbst denen, die mit den angebotenen «Problemlösungen» nicht einverstanden sind, reicht das vielleicht schon.

Eine sehr wichtige Frage: was sollen Liberale angesichts einer anti-liberalen Konterrevolution tun? Zunächst müssen wir selbstkritisch sein: bei der Globalisierung, bei der Liberalisierung, bei der Europäisierung ging es zum Teil einfach zu rasch vorwärts. Die Lebenswelt der Menschen – das habe ich ja auch von den Menschen gehört, als ich während des Brexit-Referendums auf der Strasse war, um für «Remain» zu werben – hat sich zu schnell verändert.

Mit Verlaub, aber: Seit dem Fall des Eisernen Vorhangs ist mehr als ein Vierteljahrhundert vergangen.

Der Mensch ist nicht so schnell! Wir haben die Auswirkungen der Bewegungsfreiheit innerhalb der EU unterschätzt, auch die schnelle gesellschaftliche Liberalisierung, die beispielsweise in Po-

len enorm kontrovers diskutiert wird. Die verschiedenen Effekte der Globalisierung, die natürlich insgesamt sehr positiv sind, die Verlagerung der Arbeitsplätze nach Indien und China und nicht zuletzt noch die Akklimatisierung an die digitale Revolution – all das haben wir unterschätzt. In der Europäischen Union kommt noch die Bürgerferne und das Demokratiedefizit hinzu. Klar, können wir mit dem Europaparlament kontern, das direkt gewählte Abgeordnete mit inzwischen vielen Machtbefugnissen hat. Auf dem Papier und objektiv hat die EU eine demokratische Kontrolle.

Und subjektiv?

Subjektiv funktioniert das überhaupt nicht. Kein normaler Mensch in Europa glaubt, dass er oder sie durch das Europaparlament unmittelbar demokratisch vertreten wird. Das ist keine Behauptung, sondern ein Faktum. Jahr für Jahr werden im Eurobarometer die Bürger der EU-Länder gefragt: «Haben Sie das Gefühl, Ihre Stimme wird in der EU gehört?» Und Jahr für Jahr sinkt diese Zahl. Aktuell hat nur noch ein Drittel der Befragten das Gefühl, gehört zu werden. Das ist ein strukturelles Problem der Europäischen Union.

Wäre also nicht eine Vereinfachung und Entschlackung der EU angezeigt, gar mehrheitsfähig – und könnte sie nicht von liberalen Kräften getragen werden?

Das Leben wird nicht im Konjunktiv gelebt. Aber wenn wir das europäische Projekt heute nochmals beginnen könnten, träte ich für ein Europaparlament als Vertretung der nationalen Parlamente ein. Diese Eurozone würde ich nicht ins Leben rufen, und eine Währungsunion ohnehin nur dann, wenn sie ordentlich vorbereitet ist, und nur unter jenen Ländern, die dazu fähig sind. Und ich wäre vorsichtiger mit der Bewegungsfreiheit. Denn im Nachhinein ist es natürlich absurd: wir haben die Grenzen innerhalb der



62 Timothy Garton Ash, photographiert von Thomas Burla

Schengenzone abgebaut, ohne die äusseren Grenzen der Schengenzone aufzubauen. Was dachten wir uns dabei?

Im Nachhinein sind wir alle klüger.

Jedenfalls muss die EU die Menschen wieder überzeugen. Für eine politische Gemeinschaft wie die Europäische Union ist Überzeugungskraft überlebenswichtig. Egal, ob ich heute in die Türkei gehe oder nach Grossbritannien, in die Ukraine oder nach Marokko – von der ehemals magnetischen Kraft der EU ist nur noch wenig übrig.

Verstehen Sie also, weshalb derzeit 80 Prozent der Schweizer überhaupt kein Interesse daran haben, EU-Europäer zu werden? Hier gelingt es ja leidlich, das «Trilemma der Globalisierung» aufzulösen: die Schweiz ist ein gutes Stück weit souverän, aber sie ist hochglobalisiert – und alle drei Monate heisst es an der Urne: «Wir sind das Volk» – und das einigermaßen natürlich, ohne Schaum vor dem Mund.

(Lacht) Obwohl ich wirklich ein leidenschaftlicher Befürworter der EU bin, verstehe ich die Schweiz, ja. Und vielleicht ist die Schweiz auch die kleine grosse Ausnahme von der Regel. Aber direkte Demokratie ist auch etwas ganz anderes als das Plebiszit in repräsentativen Demokratien – ein Plebiszit kommt von oben, die direkte Demokratie kommt von unten. Insofern hat das Brexit-Referendum mit dem, was in der Schweiz seit Jahrhunderten passiert, nichts zu tun. Gleichwohl sollten sich die Schweizerinnen und Schweizer keinen Illusionen hingeben.

Wie meinen Sie das?

Unfreundlich ausgedrückt: die Schweiz verhält sich durchaus parasitär zur Europäischen Union. Wenn alle Länder Europas so «unabhängig» und «eigensinnig» wären wie die Schweiz, wäre die Schweiz nicht die Schweiz, in der Sie heute leben. Ich übertreibe natürlich – aber die Schweiz, genau wie Grossbritannien, profitiert zweifellos von der grossregionalen Kooperation, Offenheit und Rechtsstaatlichkeit der EU. Auf sich selbst verwiesen, fallengelassen, gäbe es überhaupt keine Garantie, dass alle Staaten Europas so demokratisch, offen und kooperationsbereit wären. Das hat uns schon das ehemalige Jugoslawien gezeigt. Gerade der Schweizer Populismus illustriert doch auch, wie sehr die Brexiteers uns in die Irre führen. Sie sagen uns: «Ihr werdet nicht mehr die Probleme Europas haben.» Mit Einwanderung, mit multikultureller Gesellschaft, mit Islamisten und so weiter. Aber machen diese Probleme an der Schweizer Grenze plötzlich halt? Nein. Genauso wenig werden sie am Ärmelkanal halt machen.

Aber dennoch gilt: die Schweiz mit ihren vier Kulturen, sehr viel individueller Freiheit, hohem Globalisierungsgrad, niedrigem Steuerfuss usw. könnte doch ein Modell sein, an dem sich die Europäische Union immerhin das eine oder andere abschaut – im Sinne der Systemkonkurrenz. Die Stichworte Föderalismus,

Steuerwettbewerb, Kohäsion fallen ja auch in Brüssel immer wieder. Wie tauglich ist so ein «Role Model Schweiz»?

Natürlich hat die Schweiz ihre vielen Kulturen, Sprachen und die Verbindung zwischen Multikulturellem und direkter Demokratie – und das ist durchaus bewundernswert, aber auf Europa nicht ohne weiteres übertragbar. Die Europäische Union ist ein UFO, ein «unidentified flying object». Sie ist etwas völlig Neues in der Geschichte und somit sind all diese Vergleiche mehr oder weniger irreführend.

Gleichwohl strengen sich momentan besonders viele Leute an, nicht nur in der Schweiz. Wir haben es dabei letztlich mit den überwunden geglaubten Konflikten zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft zu tun, oder?

Zwischen Nation und globalisierter Welt, richtig.

Die eine ist überschaubar, transparent, warm. Es herrschen soziale Kontrolle und Übersicht. Die andere ist anonym, global, scheinbar chaotisch – kalt. Das zumindest scheint die Wahrnehmung vieler Bürger zu sein. Vertragen sich Nation und globalisierte Welt nicht mehr?

Unser Problem ist doch vielmehr die irriige Annahme, dass Gemeinschaften sich ausschliesslich national definieren lassen müssten. Das ist nicht länger der Fall: Betrachten Sie nur mal die vernetzte Welt, das Internet. Es bietet die Chance, eine virtuelle Gemeinschaft aufzubauen, die grenzübergreifend und transkulturell ist – und sehr viele Leute nutzen heute schon diese Chance. Es hat noch nie eine Zeit gegeben, in der die Hälfte der Menschheit, über das Smartphone, diese Zauberkiste, miteinander kommunizieren konnte.

Worauf wollen Sie hinaus?

Gibt es nicht doch die Chance, dass wir ein transkulturelles Gefühl der Gemeinschaft haben, dass wir ein bisschen näher sind an Immanuel Kants Traum von der «Weltbürgergesellschaft»? Und falls ja: warum sollten wir es weiterhin akzeptieren, dass «Gemeinschaft» nur ethnisch-kulturell – im Sinne eines Volkes etwa – definiert sein kann?

Zugestanden: viele von uns haben heute Vertraute oder Kollegen auf der anderen Seite der Welt, die wir sehr schätzen – und mit denen wir oft mehr gemeinsam haben als mit alten Schulkollegen oder Menschen aus anderen Landesteilen. Aber: die Potenziale dieses Netz-Weltbürgertums werden doch bisher nur von einer globalisierten Klasse überhaupt erfahren.

Selbst der klischeerte nordenglische Fischer, der nie ein Smartphone in der Hand hatte, profitiert letztlich davon, dass die Bedürfnisse der Menschen um ihn herum besser befriedigt werden! Das ist aber gar nicht der Punkt: Ob nun in Indien, China oder in der Türkei, wo immer man hinschaut, gibt es eine «Generation Weltoffenheit». Gerade dort, wo der Antiliberalismus politisch

obsiegt, existiert eine ganze Generation von vornehmlich jungen Menschen, die die Freiheit des Internets geniessen und diese auch sehr mutig und mit grossen Risiken verteidigen. Die sind im Moment politisch unter Druck, denn sie verteidigen die pluralistische Version der Aufklärung. Die monistische – das hat Isaiah Berlin wunderbar beschrieben – war schliesslich Wegbereiter des Totalitarismus. Für uns Liberale geht es also nicht darum, dass wir uns alle einig werden. Wichtig ist vielmehr, dass wir einig sind, wie wir uneinig werden: Die Konflikte werden friedlich ausgetragen, ohne Freiheiten einzuschränken.

Ich kontere: in alternden Gesellschaften, die tendenziell konservativer werden, haben diese jungen Menschen einen demographisch-demokratischen Nachteil, sie werden, wenn sie überhaupt zur Freiheit befragt werden, womöglich schlicht überstimmt.

Oder es ist genau andersherum: dass sie jung sind, ist ihr grosser Vorteil. Denn: ihre Zeit kommt! Geschichte verläuft in Wellenbewegungen – Welle, Gegenwelle, Bewegung, Gegenbewegung. Die Entwicklung wird also Zeit brauchen. Der Populismus von links und rechts wird nicht heute oder morgen verschwinden, seine Ikonen mögen uns auch noch lange «Globalisten» schimpfen. Aber schaut man mit einer Perspektive von 20 bis 30 Jahren in die Zukunft, kommt die Generation der potenziellen Weltbürger an die Macht. In diesen Moment setze ich viele Hoffnungen.

Hat man Sie schon einmal einen «Globalisten» genannt?
Sicherlich.

Und was haben Sie geantwortet?
«Warum denn nicht?»

(Lacht) Ist das ein Beispiel für die von Ihnen propagierte «robuste Zivilität» im Umgang mit jenen, die andere mundtot machen wollen?

Ja, denn darum geht es in einer liberalen, pluralistischen Demokratie. Jeder einzelne ist gefordert, unsere Normen der robusten Zivilität zu verteidigen und voranzubringen. Dazu gehört beispielsweise, mit Hassreden umgehen zu lernen, zu kontern, zu kritisieren. Es braucht ein Klima, das dieses Engagement belohnt – was es nicht braucht, sind Zensurbehörden und Verbote. Schauen Sie nach Deutschland: dort ist momentan ständig von Google, Facebook und Twitter die Rede. Die grossen Plattformen werden dargestellt, als seien sie des Teufels, weil sie Quatsch, Hass und Missgunst salonfähig machten. Und der gute Vater Staat, so hört man, müsse dafür sorgen, dass alles ordentlich vor sich geht. Dabei ist es genau anders herum: Wir, als Zivilgesellschaft, müssen uns Mühe geben, die robuste Zivilität – diese Streitkultur – unter den Umständen des Internets neu zu formieren. Und dabei, so viel ist richtig, spielen die privaten Supermächte, also die grossen Internetkonzerne, eine wichtige Rolle.

In Ihrem Buch «Redefreiheit» schreiben Sie diesbezüglich von Katzen, Hunden und Mäusen. Die Katzen, das sind besagte Konzerne wie Google und Facebook, die Hunde, das sind die tonangebenden politischen Kräfte, vorrangig die USA, China und teilweise auch die EU. Was mich sehr gestört hat, ist das Bild von den Mäusen – also von uns Bürgern. Sind wir wirklich so klein und schwach?

Nein. Mein Buch ist ein Manifest für vernetzte Mäuse (*lacht*). Das Internet gibt uns neue Chancen der Vernetzung, die uns Mäusen erlaubt, effektiv und wirkungsvoll Druck auf die mächtigen Hunde – unsere Staaten, sofern sie uns einzuschränken gedenken, wie etwa China – auszuüben. Das ist neu. Und wovor fürchten sich die Katzen, also die Googles, Facebooks und Twitters? Nicht etwa vor den Hunden der US-Administration. Vielleicht ein bisschen vor der Regulierungsmacht der EU, aber vor allem davor, dass ihnen ihre Nutzer wegläufen. Das sind wir, die Mäuse. Und diese neue Machtposition sollten wir Bürger viel effektiver nutzen.

Die grösste Gefahr für unsere Redefreiheit ist also nicht die Einführung eines «Wahrheitsministeriums», sondern unsere eigene Angst?

Die ultimative Waffe gegen die Redefreiheit und den Pluralismus ist und bleibt die Androhung von Gewalt – und wenn dieser nicht dezidiert begegnet wird, hat das durchaus mit Angst, aber auch mit einer gewissen Trägheit zu tun, auch mit intellektueller Trägheit. Das heisst: wir müssen die Androhung von Gewalt nicht nur selbst vermeiden, sondern auch den Androhungen von Gewalt durch andere widerstehen. Nehmen Sie die islamistischen Anschläge gegen Journalisten in Europa: Ja, wir sollten solidarisch sein mit «Charlie Hebdo». Vor allem auf Seiten der Journalisten, der Verlage, der Gesellschaft. Wenn wir das nicht lernen, wird nur der von Gewaltandrohungen ausgehende Einschüchterungseffekt immer grösser.

Wie schaffen wir das?

Zunächst sollten wir kommunizieren. Es gehört im Angesicht der Gewaltandrohung schon viel Mut dazu, zu sagen: «Ich habe Angst.» Noch mehr Mut braucht es aber beispielsweise zu sagen: «Ich werde diese Mohammed-Karikaturen nicht publizieren – aus Angst.» Das wäre schon ein grosser intellektueller Fortschritt gegenüber der oft heuchlerischen Aussage: «Ich bringe diese Karikaturen aus Respekt oder Achtung vor anderen Religionen nicht.» Verstehen Sie mich nicht falsch: Das kann ja alles wahr sein, aber wenn sich immer mehr Bürger aus Angst in Selbstzensur üben, so ist das eine Katastrophe für das gesellschaftliche Klima und also für die Freiheit. Wie sagte schon Perikles? «Das Geheimnis des Glücks ist die Freiheit, das Geheimnis der Freiheit aber ist der Mut.» Dem ist wenig hinzuzufügen. ◀

Das vorliegende Gespräch wurde anlässlich des diesjährigen 47. St. Gallen Symposiums geführt. Timothy Garton Ash hielt dort die Max Schmidheiny Lecture zum Thema «Redefreiheit». Wir danken den Verantwortlichen des St. Gallen Symposiums für die hervorragende Zusammenarbeit.

«Die ultimative Waffe gegen die Redefreiheit und den Pluralismus ist und bleibt die Androhung von Gewalt – und wenn dieser nicht dezidiert begegnet wird, hat das durchaus mit Angst, aber auch mit einer gewissen Trägheit zu tun, auch mit intellektueller Trägheit.»

Timothy Garton Ash